

# Polen - gestern, heute, morgen

Autor(en): **Polonius**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **13 (1945-1946)**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-759210>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# POLEN — GESTERN, HEUTE, MORGEN

VON POLONIUS

Das Polen von 1919, das schon in seinem Namen «Rzeczpospolita Polska» die Kontinuität mit dem durch die drei Teilungen von 1773, 1793 und 1795 beseitigten älteren polnischen Staat verkündete, hatte einen Umfang von 388 000 Quadratkilometern und, zuletzt, fünf- unddreißig Millionen Einwohner. Diese Zahlen waren das Ergebnis dreier Friedensschlüsse, bei denen Polen zu den Siegern gehörte, beziehungsweise selbst der Sieger war: denen von Versailles, St-Germain und Riga (28. Juni und 10. September 1919, 18. März 1921); welche Traktate später noch durch das Ergebnis des Plebiszits in Oberschlesien, durch die Einverleibung Wilnas, durch den Ostgalizien betreffenden Beschluß der Botschafterkonferenz und, in extremis, durch die Besetzung des Teschener Gebiets ergänzt wurden. Allein, auch in diesem von zahlreichen Nachbarn und Gegnern heftig angefeindeten Umfange stellte Polen nur eine stark reduzierte Neuauflage der Königlichen Republik dar, die unter den Jagellonen und unter den Wasa einen Raum von weit über einer Million Quadratkilometern beherrschte.

Die Lage in den Ostprovinzen der einstigen Rzeczpospolita war folgendermaßen zu umschreiben: die Polen saßen in vereinzelt Palästen, auf Gutshöfen und, geschlossen, in vielen Städten, wo sie weit über die Verhältniszahl hinaus die freien Berufe und die wirtschaftlichen Schlüsselpositionen innehatten. Außerdem bestanden noch polnische Siedelungen aus verbauertem Kleinadel und aus Altbauern. Demgegenüber waren Russen, Weißrussen und Ruthenen-Ukrainer durch gemeinsamen Haß wider die polnischen Pane vereint. Dabei war die Seelenlage wesentlich gleich in den gewaltigen Landstrichen, die 1921 endgültig bei der Sowjetunion blieben, also in der Ukraine, Podolien, dem Großteil Weißrussens, und in den zum neuen Polen geschlagenen Ostgalizien, Polesien und Wolhynien. Nur daß in der Sowjetunion die Polen eine aus sozialen Ursachen ihrer Führerschaft beraubte schwache Minderheit darstellten, während sie in der Rzeczpospolita als Staatsvolk über die — in aktiver oder zahmer Opposition tätigen — Ukrainer, Weißrussen und die eines eigentlichen Nationalbewußtseins oft entbehrenden, doch sich als «Nichtpolen» empfindenden Bauern Polesiens und Wolhyniens walteten.

Die nationalen Minderheiten, die — fünfunddreißig Prozent der Gesamtbevölkerung — im kaum einen Drittel des alten umfassenden neuen Polen von 1919 vorhanden waren, bedeuteten für den wiedererstandenen Staat das schwierigste seiner Probleme. Auf diesem Sektor war die Vergangenheit eine drückende Hypothek. Um den Erbhaß der Minderheiten zu entwaffnen, wäre zweierlei nötig gewesen: man hätte ihnen größere Anhänglichkeit für den polnischen Staat einflößen müssen, als für die mit der Anziehungskraft eines mächtigen Magneten wirkende Sowjetunion und für die in deren Verband bestehenden sprachverwandten Föderativrepubliken. Es wäre sodann die überlieferte Gleichsetzung der Begriffe Pole = Herr beziehungsweise in modernerer Form Pole = reaktionärer kapitalistischer Ausbeuter und Gutsbesitzer (die gefühlsbetonte Nebenbedeutung von «obszarnik» läßt sich durch dieses Wort in deutscher Uebersetzung nicht wiedergeben) auszulöschen gewesen.

Um beides haben sich in Polen hochgesinnte und hochbegabte Politiker bemüht. Das Verhängnis wollte es, daß der zweifellos außerordentliche Mensch Józef Pilsudski kraft seiner Ursprünge aus einem Adelshaus der Ostprovinzen (Litauens) im erhöhten Grade mit den Traditionen behaftet war, die wir umrissen haben; daß er also gegenüber den Minderheiten die polnische Oberherrlichkeit und gegenüber den Unterschichten das polnische Herrentum verkörperte, obzwar er den Gedanken einer Föderation zu gleichem Recht vertrat und obgleich er seinen politischen Aufstieg als militanter Sozialist genommen hatte. Das, was bei Pilsudski durch seine persönliche Größe überschattet wurde, leuchtete aber bei seinen kleineren, kleinen Erben grell hervor: in ihnen suchte ein Polentum den Platz an der Sonne des 20. Jahrhunderts, das mit seiner Weltanschauung und mit seinen Methoden bei der adeligen Republik Jarema Wisniowieckis und Jan Sobieskis Halt gemacht hatte oder vielmehr, das Weltanschauung und Methoden an der Sienkiewiczischen dichterischen Idealisierung der Ahnen herangebildet hatte. Romantik, ritterlicher «animus», Feschheit, glänzende Reiterstiefel, tolle Abende in der Warschauer «Oaza», schöne Frauen, und als häßliches Gegenstück Prügelexekutionen in ukrainischen Dörfern, dilettantische Finanzpolitik, unzeitgemäße Kriegsausrüstung auf Kavallerieattacken, sentimentgelenkte, bei einigen Persönlichkeiten allerdings auch durch sehr reale Argumente bedingte Außenpolitik, große Worte über Volkswohl und Pläne, Salonwagen für Starosten, Propagandazeitschriften auf Luxuspapier und Mangel an Schulen. Das waren einige der Kennzeichen des Regimes der «Sanacja», die nichts saniert hat, nicht einmal dauernd die Kassen einiger führender Sanatoren.

Nicht nur die nationalen Minderheiten waren unbefriedigt. Es

grollte unter den hungernden Massen der polnischen Bauern und Arbeiter. So reckte sich drohend das zweite ungelöste, doch im Gegensatz zu dem der Minderheiten im Rahmen eines polnischen Nationalstaats sehr wohl lösbare Problem empor, das soziale. Es half nichts, mit Phrasen darüber hinwegzugehen, daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft dem polnischen Staat feindlich und daß weite Kreise der Bauernschaft ihm gegenüber gleichgültig waren.

Das Regime der Legionäre war gegenüber den beiden Hauptübeln Polens, dem minoritären und dem sozialen, ratlos. Das Scheinparlament hatte wenig zu sagen. In ihm überwog die Regierungspartei, das aus dem «Blok Bezpartjny», dem «Parteilosen Block», hervorgegangene «Lager der Nationalen Einheit» (Obóz Zjednoczenia Narodowego, OZON), dessen Leitung ehemaligen Mitgliedern der ersten Legionärbrigade anvertraut war. Hinter dem OZON, an dessen Spitze stramme Militärs wirkten, zuerst der tüchtige Finanzpolitiker Oberst Koc, dann General Skwarczynski, standen zwar eine Mehrheit an Abgeordneten, doch keine zehn Prozent der Bevölkerung. Immer mehr Politiker, Gelehrte, Schriftsteller, auch aus dem ehemaligen Kreise des durch seine Person überragenden Pilsudski, kehrten dessen Nachfolgern den Rücken. Vor allem im Hinblick auf die deutschfreundliche Außenpolitik und die totalitären Tendenzen der Obersten Beck, Prys-tor und Slawek, in denen sich die «Sanacja», das angebliche «Gesundungsregime», am stärksten verkörperte. Zu diesen Kritikern aus ehemaligem Legionärmilieu gehörten Männer wie Sikorski, wie die heute an führender Stelle amtierenden Rzymowski und Rola-Zymierski.

Sikorski gründete zusammen mit dem unvergeßlichen Meister Paderewski und mit dem einstigen Legionenoffizier und späteren Kommandanten der «blauen» alliiertenfreundlichen Legionen, General Haller, eine «christliche Arbeiterpartei», die mitsamt ihrem Organ, dem von Professor Stronski maßgebend beeinflussten «Kurier Warszawski», den Mittelpunkt der «westlerischen» Opposition bildete. Eine zweite Oppositionspartei von rechts waren die Nationaldemokraten (Narodowa Demokracja, Endecja), die zahlenmäßig sehr starken Anhang in den Westprovinzen, in Ostgalizien und überhaupt in der Intelligenz besaß. Diese Fraktion, mit betont antisemitischem, aggressiv-nationalem und mittelständischem Programm ging bis auf die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Ihre geistigen Väter waren der polnische Charles Maurras: Roman Dmowski, dann der Kreis um die «Mysl Narodowa», Zygmunt Wasilewski voran. Jedenfalls war die Endecja heftig antideutsch und alliiertenfreundlich, dabei für ein Zusammengehen mit Rußland, sei dieses auch kommunistisch.

Dritte Oppositionspartei: die bei der Bauernschaft fast allein bestimmende Volkspartei (Stronnictwo Ludowe), unter dem anfangs

November 1945 verstorbenen «Bauernkönig» Wincenty Witos, zu deren Führern noch der Landwirtsohn Professor Kot, Mikolajczyk und Dr. Kiernik zählten. Viertens, die Sozialisten der Zweiten Internationale (Polska Partia Socjalistyczna, PPS.), geführt von Barlicki, Dubois, Próchnik, Niedzialkowski, Kwapinski, Arciszewski, Ciolkosz und Stanczyk, die allesamt vom Glanz der hinreißenden Persönlichkeit des ihnen vorverstorbenen genialen Ignacy Daszynski zehrten. Außer diesen vier Parteien, die gesetzlich weder verboten noch erlaubt waren und die eine gewisse umgrenzte Freiheit des Widerspruchs genossen, existierte, untersagt und gehetzt, eine unterirdische kommunistische Partei, die formell im Jahre 1938 sich selbst auflöste, deren Anhänger indes zum mindesten in die sozialistische und in die Bauernpartei eindrangten und die hinter den häufigen Agrarstreiks, hinter mancherlei Sabotageakten als Anstifter zu suchen waren. Gemeinsam war der gesamten Opposition, daß sie gegen den deutschen Kurs der Außenpolitik und gegen den diktatorisch-antidemokratischen der Innenpolitik kämpfte.

Nach dem Kriegseintritt formte sich zunächst eine Einheitsfront aller, außer den Kommunisten, mit dem Ziel, auf alliierter Seite das Land von den Deutschen zu befreien und hernach die parlamentarische Demokratie in Polen zu erneuern. Auf dieses Programm einigten sich die vier Oppositionsparteien, mit denen die früheren Pilsudskisten des OZON zusammenarbeiteten. Die erst in Angers, dann in London weilenden Exilregierungen unter General Sikorski, dann — nach dessen bisher unaufgeklärtem Flugtod — unter Mikolajczyk hatten die Billigung der vorerwähnten fünf Gruppen, die sämtlich im Kabinett vertreten waren. In der deutschbesetzten Heimat entsprach den Exilbehörden eine unterirdische Organisation, die mehrere Minister, heimliche Zentralstellen und eine kämpfende Widerstandsgruppe, den «Zwiazek Walki Zbrojnej» (ZWZ.), besaß, aus dem später eine richtige Armee, die «Armia Krajowa» (AK.), hervorging.

Die Lage veränderte sich, als die Kommunisten, die bis zum Juni 1941 beiseitestehen mußten — obzwar sie sich für den Kampf gegen die Deutschen vorbereiteten — nach dem Ueberfall des Dritten Reichs auf die Sowjetunion die Führung des Widerstandes beanspruchten. Im Januar 1942 entstand, unter der Leitung des bekannten Parteimitglieds Marian Nowotko, die Polnische Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, PPR.), die alsbald eine rege Tätigkeit gegen die verhaßten Okkupanten entfaltete und schließlich den Partisanenkrieg nach sowjetischem Muster und im Einverständnis mit der Roten Armee aufnahm. Kampfformation der kommunistischen PPR. war die Volksgarde (Gwardia Ludowa, GL.), der Kern für die künftige Armia Ludowa (AL.).

Kommunisten und Anhänger der Londoner Exilregierung lieferten indes Kämpfe nicht nur dem deutschen Erbfeind, sondern auch gegenseitig, den innenpolitischen Widersachern. Zwar floß dabei in der Regel kein Blut, doch waren die Konflikte sehr scharf. Den einen handelte es sich darum, daß ein befreites Polen mit völlig gewandelter sozialer und politischer Struktur erstehe, den andern, daß man zur Parlamentsdemokratie zurückkehre, ohne an den bisherigen gesellschaftlichen Grundlagen zu rütteln. Bei den Anhängern der Londoner Regierung fanden auch *die* Elemente Unterschlupf, die unter demokratischem Deckmantel auf Wiederkehr des Legionärregimes oder wenigstens auf maßgebenden Einfluß für die Pilsudskisten hofften. Schließlich sei nicht vergessen, daß neben dem ZWZ., beziehungsweise neben der AK. und der kommunistischen AL., noch eine heftig antisemitische und antirussische Kampfgruppe, die Narodowe Sily Zbrojne (NSZ.), auftauchte, die zwar deutschfeindlich, doch deshalb keineswegs alliiertenfreundlich war.

Der Streit um die Macht im dereinstigen Polen hatte sein Echo in der Emigration, so, wie die Vorgänge in London sofort Wirkung auf die Heimat auslösten. Wenn in England die Richtung Mikolajczyk—Grabski—Stanczyk auf Verständigung mit der Sowjetunion, selbst um den Preis schwerer territorialer Opfer, und auf Koalition mit den Kommunisten drängte, während die ehemaligen Pilsudskisten: der Nachfolger Moscickis als Staatspräsident Raczkiewicz, die Generale Sosnkowski, Anders, Kukiel, dann die Politiker, denen die Abtrennung Lembergs und Wilnas unannehmbar schien, miteinander hadereten, so vollzogen sich parallel dazu die Auseinandersetzungen in Polen selbst, ungeachtet der deutschen Okkupation. Arciszewski, der Führer *des* sozialistischen Flügels, der nicht von seinem antisowjetistischen Komplex loskam, ist aus Warschau auf weiter Luftreise nach London geeilt, um dort die Nachfolge Mikolajczyks als Ministerpräsident anzutreten. Am betrüblichsten zeigte sich die Verquickung innenpolitischer Rivalitäten und militärischer, patriotischer Erwägungen im Warschauer Aufstand vom August 1944, als die Armia Krajowa, unter dem Befehlshaber Londoner Observanz, General Bór-Komorowski, losschlug, um die Hauptstadt noch vor Eintreffen der Roten Armee unter die Autorität der Exilregierung zu bringen. Worauf dann dieser Heldenkampf einer todesmutigen Minderzahl gegen die noch ungebrochene deutsche Kriegsmaschine im Blut und unter den Ruinen Warschaus erstickt wurde. (Die kommunistischen *polnischen* Streitkräfte der AL. haben sich an der Insurrektion tapfer beteiligt.)

Jedenfalls war schon damals, noch vor der eigentlichen Befreiung Polens, der Karren gründlich verfahren: eine Verständigung mit der

durch die ehemaligen Pilsudskisten dominierten Londoner Regierung war den Sowjetmachthabern und *den* Polen, die vermöge frischer Erfahrungen die Zukunft ihres Landes auf engste Zusammenarbeit mit Moskau gründen wollten, weder möglich, noch erwünscht. Es waren aber nicht mehr die einzigen Kommunisten, die also dachten. In Rußland hatte sich bald nach dem Ausbruch des Krieges mit dem Dritten Reich ein Ausschuß gebildet, der Polens Kampf an der Seite der Sowjetunion leiten wollte. Die führenden Persönlichkeiten dieses Komitees waren: die kommunistische Schriftstellerin Wanda Wasilewska (in Schweizer Zeitungen wird ihr Name stets, nach russischer Transkription, falsch Wassil(i)ewska geschrieben), Gattin des ukrainischen Dichters, Politikers und Diplomaten Kornejczuk; der Berufsoffizier Oberst (später Divisionsgeneral) Zygmunt Berling — entgegen andern Meldungen kein Jude, sondern schwedischer Abkunft —; Andrzej Witos, ein Neffe des Bauernkönigs Wincenty; ferner hervorragende Gelehrte, wie der berühmte Chemiker Professor Parnas und der, inzwischen verstorbene, originelle Kunstkritiker und Philosoph Leon Chwistek. Auch katholische Priester, Aristokraten, kurz Angehörige sämtlicher Stände und aller Parteien schlossen sich dem Komitee an. Dieses bekümmerte sich vornehmlich um die Aufstellung einer großen polnischen Armee, die aus bescheidenen Anfängen — den Divisionen Kosciuszko, Dabrowski und Traugutt — zu einem viele Hunderttausende umfassenden Heer anwuchs, dessen Oberbefehl General, heute Marschall, Michal Rola-Zymierski übernahm.

In Polen sonderten sich aus *den* Parteien, die in der Londoner Regierung vertreten waren, Sezessionen aus, die zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und mit den Kommunisten bereit waren. In Beantwortung eines Manifests der Emigrationspolitiker, vom August 1943, auf dessen Grundlage sich eine «Politische Landesvertretung» aus Mitgliedern der Endecja, der christlichen Demokraten, der Sozialisten und der Volkspartei zusammengefügt hatte, erschien im Dezember 1943 eine Kundgebung sowjetfreundlicher Organisationen, zu der sich außer den Kommunisten auch erhebliche Teile der Bauernpartei, der Sozialisten, ja der Christlichsozialen und der Nationaldemokraten bekannten. Der Riß durch die alten Fraktionen wurde offenbar.

In der Nacht zum 1. Januar 1944 wurde aus den Vertretern aller Parteien, die das Manifest vom Dezember 1943 bejahten, eine klandestine «Krajowa Rada Narodowa» gebildet. Ohne daß die Deutschen davon etwas ahnten, entstand so in der Ulica Twarda, in der «Harten Straße» — *nomen et omen* —, zu Warschau eine oberste nationale Behörde, die den Kampf gegen die Okkupanten leitete und die trachtete, sich an Stelle der Londoner Exilregierung und deren heimatlichen «Politischen Landesvertretung» die Gefolgschaft aller

Polen zu sichern. Die Krajowa Rada Narodowa (KRN.) stützte sich auf die Mandate der örtlichen Räte des Widerstandes und auf die Anerkennung durch die *im Lande* verbliebenen Führer der Bauernpartei, der Sozialisten, dann der Kommunisten und einer neu errichteten bürgerlichen demokratischen Partei, in die zahlreiche frühere Nationaldemokraten und Freisinnigen einströmten. Die KRN. erließ Notgesetze, und sie setzte vor allem die Diktaturverfassung von 1935 außer Kraft. Indem sie zur demokratischen Konstitution von 1921 zurückkehrte, übernahm sie die Funktionen eines Parlaments (Sejm), das unter den gegebenen Verhältnissen nicht gewählt werden konnte. Dem Vorsitzenden der KRN. fiel logischerweise die gleiche staatsrechtliche Kompetenz zu, die dem Sejmmarschall (Parlamentspräsidenten) nach der Verfassung von 1921 beim Fehlen eines Staatsoberhauptes zugekommen wäre: er amtierte als provisorischer Staatschef. Denn die KRN. und die in ihr vereinten Parteien leugneten sowohl die Gesetzlichkeit der Konstitution von 1935 als auch, folgerichtig, die Legitimität des Aktes, durch den — einzig auf Grund jener oktroyierten Verfassung — Präsident Moscicki unter recht dunklen Begleitumständen Raczkiewicz zum Nachfolger im obersten Staatsamte ernannt hatte.

Als nun die Rote Armee mitsamt den ihr angeschlossenen polnischen Verbänden Rola-Zymierskis auf das Gebiet Polens vordrang, wurde dort eine aus dem Schoße des vorerwähnten Moskauer Polnischen Komitees hervorgehende Provisorische Regierung gebildet, die sich in Lublin niederließ und die mit der Warschauer KRN. engsten Kontakt hatte. Sowie es die Kriegslage erlaubte, setzten sich die führenden Männer der heimatlichen KRN. — deren Präsident Bierut, ein Führer der PPR., und der Sozialist Osóbka-Morawski — mit ihren in der Sowjetunion weilenden Volksgenossen ins Einvernehmen. Die Lubliner Regierung übersiedelte nach der Befreiung Warschaus in die polnische Hauptstadt beziehungsweise in deren auf dem rechten Weichselufer gelegenen Vorort Praga.

Noch im Frühjahr 1945 entwickelte sich ein reges politisches Leben, das im Zuge des raschen militärischen Vormarsches bald alle Teile des Landes erfaßte. Die Tatsache, daß eine polnische Regierung vorhanden war, wog stärker als die Bedenken, die sich gegen Zusammensetzung und Programm dieses Kabinetts bei einem großen Teil der Bevölkerung regen mochten. Die Lubliner beziehungsweise Warschauer Regierung gewann die breiten Massen durch drei wesentliche Maßnahmen und durch behutsame Politik in einer vierten wichtigen Frage: die energisch durchgeführte Landreform gab den besitzlosen und den armen Bauern den seit Generationen heiß ersehnten Grund und Boden; die Einrichtung einer polnischen Verwaltung, die Wieder-



eröffnung der Schulen, der Fabriken und Geschäftshäuser, die Erneuerung des literarischen Lebens, des Theaters und der Presse, endlich die Rekrutierung fürs Heer nahmen von der Intelligenz die fünf Jahre dauernde Not und Entehrung; die Allianz mit der Sowjetunion brachte Polen bessere Westgrenzen und ausgedehntes Siedlungsland für die aus den abzutretenden Ostprovinzen hereinströmenden Rückwanderer; endlich hütete sich das neue Regime vor einem Konflikt mit der Kirche, die — ebenso wie deren Würdenträger — mit ausgesuchter Rücksicht behandelt wurde. Diese Tatsachen, die man an Ort und Stelle beobachten konnte, wogen schwerer als die ihnen entgegenstehenden Momente: die Trauer über den als ungerecht empfundenen Verlust von Wilna und Lemberg; die eingewurzelten und durch die Erfahrung von 1939 frisch aufgestachelten Gefühle des Mißtrauens und der Abneigung gegen die Russen; die Scheu und mitunter der Abscheu vor dem Kommunismus; die gelegentlichen und dem Oberkommando sehr ungelegenen Zusammenstöße mit Angehörigen der Roten Armee, endlich die Agitation der Anhänger der Londoner Exilregierung, die aus den vorgenannten Beschwerdepunkten Stoff zu emsiger Propaganda schöpften.

Unversöhnliche Widersacher der Provisorischen Regierung blieben, aus moralisch und politisch sehr voneinander verschiedenen Gründen, die Opfer der Bodenreform, einige zehntausend Gutsbesitzer und die ihnen verwandtschaftlich oder sonst nahestehenden Offiziere, Beamten; ferner die zutiefst antirussisch gesinnte Rechte der Sozialisten (abgekürzt WRN.); endlich, aus erbitterter Feindschaft wider den Kommunismus und aus Antisemitismus, ein Teil der Endecja — keineswegs diese Partei in ihrer Gesamtheit —, eine Minderheit der Christlichsozialen — aus Besorgnis vor einem antireligiösen Kurs — und das Gros der Pilsudskisten, soweit sie nicht ohnedies als Leidtragende der Landverteilung in Opposition waren. Was die bewaffneten Organisationen anlangt, so schloß sich die Armia Krajowa vielfach dem neuen Regime an, dagegen begannen die NSZ., zusammen mit einer unversöhnlichen Minderheit der AK., einen förmlichen Bandenkrieg, der in mannigfachen Ueberfällen auf Regierungstreue, nur selten auf russische oder polnische Truppen Ausdruck gewann.

So war die Situation, als Ende Juni 1945 die kompromißwilligen Politiker der Emigration nach Moskau und sodann nach Warschau kamen, um ihren Frieden mit der Provisorischen Regierung zu machen. Die Führer der bäuerlichen Volkspartei Wincenty Witos', Mikolajczyk und Kiernik, der Nationaldemokrat Professor Stanislaw Grabski, die Sozialisten Stanczyk und Zulawski traten ins Kabinett, beziehungsweise in die KRN. ein. Als Folge dieses, von der damaligen russisch-angelsächsischen Entspannung begünstigten Kompromisses

kristallisierte sich eine klare Scheidung heraus. Die Londoner Emigration nahm eindeutig Stellung gegen die Sowjetunion und gegen die in Polen geschehene Entwicklung; der Exilregierung Arciszewski wurde von den westlichen Alliierten und bald auch von fast sämtlichen anderen Staaten, die neutralen inbegriffen, die völkerrechtliche Anerkennung entzogen. Zu Raczkiewicz, Sosnkowski, Arciszewski und den Ihren hielten weiterhin die Mehrheit der Amerikapolen, eine sozial gehobene Minderheit der europäischen Emigration und eine nun zu dauernder Illegalität verurteilte Minorität in Polen selbst. Eine mit neunzig Prozent kaum zu hoch bezifferte Mehrheit des Landes nahm die getroffene Lösung an, wobei dies bald mit wahrem Enthusiasmus, bald mit gemäßigttem Optimismus, bald mit seufzender Resignation erfolgte.

Die Freude am tatkräftig betriebenen Wiederaufbau, am eigenen Staat, die Sachkunde und die Hingabe einer erneuerten und verjüngten Verwaltung, die sich bessernde Verpflegung sprachen für die Regierung — die nicht so rasch zu überwindenden Schwierigkeiten, die Uebergriffe von aus der Verborgenheit zur Staatsmacht gelangten Linksradiكالen, die laizistischen Bestrebungen mancher Politiker und ein auf Grund internationaler Zusammenhänge sich verschärfender Konflikt mit der Kurie, der zur Kündigung des Konkordats führte, störten die Harmonie im Innern. Es kam zu ernstesten, mitunter zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Regierungslagers und zwischen den zugelassenen nichtfaschistischen Parteien. Allein, gerade diese Erörterungen bezeugten den Unterschied gegen früher, nicht nur gegenüber der grauenvollen Tyrannei der Deutschen, sondern auch gegenüber der Halbdiktatur Pilsudskis und seiner Erben.

In Polen besteht wieder die Möglichkeit freier Diskussion, und *alle* Schichten der Bevölkerung können an ihr teilnehmen, weshalb auch sämtliche Klassen der Einwohnerschaft sich zu diesem neuen Staat bekennen. Dadurch erscheint das eine der beiden großen Probleme des alten und des veralteten, nur unzureichend erneuerten Polen von 1919 bis 1939 gelöst. Die zweite Lebensfrage der Rzeczpospolita, die der Minderheiten, hat eine schmerzliche und tragische Antwort gefunden: den Verlust der Ostprovinzen. Die Verlagerung des polnischen Staatsgebiets nach Westen ist von Umständen begleitet, die aus der furchtbaren Zeit zu erklären sind. Doch die Notwendigkeit, den reinen Nationalstaat auf das Leid von Millionen Menschen zu gründen — niemand darf es den Polen verargen, daß sie zunächst dabei an die hart geprüften Rückwanderer aus ihren eigenen Ostprovinzen denken —, diese rettende Operation, die dem siechen Körper wieder Gesundheit und Daseinsfreude zurückgeben soll, sie hat geschehen müssen. Und da derlei Muß von *allen* Polen bejaht wird,

handelt es sich nur mehr darum, daß die Ergebnisse wert der erduldeten Opfer seien.

Der Kampf der demokratischen Parteien Polens dreht sich wesentlich darum, wie der in seinen Grenzen abgerundete, völkisch homogene Staat nunmehr seine kostbaren wiedererlangten Güter, die eigene Freiheit und die der einzelnen Bürger, den Wohlstand der Allgemeinheit und den der Individuen, sichern soll. Dabei stehen nicht einzig die materiellen Dinge zur Erörterung. Erledigt sind, das sei vorgängig betont, die Entscheide, auf denen das heutige Polen seine Existenz stützt: also die weltpolitische Orientierung im Sinne beständiger Freundschaft mit der Sowjetunion und gleichzeitiger herzlicher Verbundenheit mit dem Westen; die Bodenreform; die Nationalisierung der Schlüsselindustrien und der Großunternehmen aller Art; die Erziehungsreform, durch die den breiten Schichten die Teilnahme am gesamten öffentlichen Leben sinnvoll wird.

Strittig bleiben aber: der Umfang der wirtschaftlichen Vergesellschaftung, die Rolle der Religion, die Stellung und die Auswahl der Eliten, die mehr östliche oder mehr westliche Auslegung des Begriffs Demokratie. Diese sachlichen Momente erfahren durch den in Polen stets sehr wichtigen Hinblick auf Persönliches eine untrennbare Ergänzung. Im großen und ganzen lassen sich zwei Heerlager innerhalb der heutigen Koalition und der formell nicht zugelassenen, doch faktisch vorhandenen und nicht behinderten Opposition der Nationaldemokraten und der Rechtssozialisten unterscheiden. Auf der einen Seite die radikaleren Parteien der Linken: Kommunisten (PPR.), Sozialisten (PPS.), Sezession der Volkspartei (SL.) und immerhin die Demokraten — auf der anderen der Kern der sich nun Polnische Volkspartei (PSL.) nennenden Agrarier, die christlichen Demokraten (Stronnictwo Pracy, SP.) und die nicht anerkannten Nationaldemokraten (Endecja) sowie der gemäßigte Flügel der Sozialisten.

Die erste Gruppe vereint heftig antiklerikale Intelligenzler, einen erheblichen Bruchteil der Bauern in den ärmeren Gegenden der Mitte und des Ostens, endlich die Mehrheit der Arbeiterschaft. Die zweite Parteienverbindung hat hinter sich den katholischen und den bürgerlich-nationalen Teil der Intelligenz, die das heutige Regime nicht grundsätzlich ablehnenden Reste der früheren Oberschicht von Aristokraten, Fabrikanten, hohen Beamten, den Klerus, die Bauern des polnischen Westens und das städtische Bürgertum aller Grade. (Außerhalb der beiden Gruppen bleiben die in die Illegalität gegangenen, zahlenmäßig unbedeutlichen, doch als Störenfriede der Ordnung gefährlichen NSZ., die eigentlichen «polnischen Faschisten».)

Die Rechte, um diese übliche Scheidung zu gebrauchen, vertritt den christlichen Charakter des polnischen Staats und der polnischen Ge-

sellschaft. Ohne klerikal zu sein, verlangt sie gebührenden Einfluß für die Kirche, religiöse Erziehung und äußere Bekundung der traditionellen Bande zwischen Polen und dem Christentum. Ohne antisemitischen Neigungen zu huldigen, die derzeit nur von der illegalen Opposition offen vertreten werden, ist die Rechte mit der von ihr allerdings weniger tragisch gewünschten Verringerung des jüdischen Anteils an der polnischen Volkswirtschaft und im polnischen Geistesleben einverstanden. Die Rechte erblickt im Bauerntum die Grundlage des Staates. Sie möchte die Bodenreform zur Festigung des Zusammenhangs zwischen der Nation und dem Landvolk benutzen, dabei die Grundsätze des Eigentums und der individuellen Freiheitsrechte hochhalten. Sie ist gegen weitere Nationalisierungen in der Industrie und im Handel, gegen Gleichschaltung auf geistigem Gebiet und für sorgsame Pflege des parlamentarischen Gedankens.

Die Linke wünscht Polen zu entkonfessionalisieren. Sie sucht an Stelle der bisher führenden Schichten Söhne des Proletariats und Kleinbauernsprossen an die wichtigsten Plätze zu bringen. Das jüdische Element ist hier eher vertreten als auf der Rechten. Obzwar dort «Judenstämmlinge» nicht verpönt sind, obgleich auch auf der Linken von einer «Verjudung» keine Rede sein kann. Die Linke vertritt vor allem die Interessen der Industriearbeiterschaft und der Angestellten, beziehungsweise die der unbemittelten Landbevölkerung. Sie ist für umfangreiche Vergesellschaftung, mit dem Fernziel eines allmählichen Hinübergleitens in den sozialistischen Staat.

Das eben entworfene Bild trifft nur im allgemeinen Umriss zu. Für jede einzelne Partei sind besondere Nuancen nötig, um ihren Standpunkt zu kennzeichnen. Doch dürften die beiden Fronten nun genügend abgegrenzt sein. Wie verhält es sich mit ihrem gegenseitigen Stärkeverhältnis? Durch die Macht der Tatsachen und durch die Tatsache der Macht ist die Linke, die unzweifelhaft das neue Polen begründet hat, in der Vorhand. Die törichte Politik der Londoner bewirkte, daß zusammen mit der Roten Armee einzig Männer von links in der Provisorischen Regierung von Lublin, dann Warschau, saßen. Die Folge davon ist bis heute zu merken. Im Koalitionskabinet Osóbka-Morawski gehören nur drei Minister, Mikolajczyk, Kiernik, Wycech, dem PSL. an, die übrigen aber den Parteien der Linken, während die christlichen Demokraten überhaupt kein Portefeuille innehaben. In der Krajowa Rada Narodowa, die bis zu den kommenden Wahlen als Ersatzparlament amtiert, sind von 436 Mitgliedern nur 52 Anhänger Mikolajczyks, 16 halten sich zum katholischen Stronnictwo Pracy, dagegen 140 bis 150 zu den Kommunisten, 100 zu den Regierungssozialisten, 60 zum SL. und 36 zu den Demokraten. Der Rest verharrt außerhalb der Fraktionen.

Doch wie irrig wäre es, aus diesen Zahlen Folgerungen zu ziehen, sei es auf die wirklichen Machtpositionen, sei es auf die Intoleranz des Regimes. Die parteimäßige Struktur sieht ganz anders aus, wenn wir etwa die leitenden Posten der Ministerien oder gar die Diplomatie, die Wirtschaft und die Universitäten betrachten. Das mehrheitlich so sehr linksgerichtete Kabinett hat sich bei der Besetzung der Aemter nicht von kleinlichen Vorurteilen leiten lassen. Andererseits haben sich die tüchtigen Fachleute auf allen Gebieten dem gegenwärtigen Regime zur Verfügung gestellt, ohne Rücksicht auf ihre von dessen sozialistisch-kommunistisch-linksbäuerlichen Ideen abweichende Weltanschauung. Auch der Episkopat hat grundsätzliche Bereitschaft zum Zusammengehen mit der Regierung bekundet. Kardinal Hlond ist in weithin beachteten Erklärungen für die demokratischen Errungenschaften eingetreten. Daß freilich Proteste der Bischöfe gegen einzelne Maßnahmen laut geworden sind, so vor allem gegen die Kündigung des Konkordats und gegen die Zivilehe, ist begreiflich. Andererseits haben die Ordinariate durch Aufrufe an die Landbevölkerung die Regierung in deren vordringlichem Bemühen unterstützt, Anbau und Einlieferung der Erdfrüchte zu sichern.

Das Streben der Parteien, die heute im Kabinett und in der Rada Narodowa auf eine bescheidene Rolle beschränkt sind, die aber — nach deren Ansicht — die klare Mehrheit der Wähler hinter sich haben, geht nicht etwa dahin, die nunmehrige Ordnung zu bekämpfen, noch die bestehende Koalition zu sprengen, vielmehr in ihr eine stärkere Vertretung zu erhalten. Dazu sollen die künftigen Urnengänge die Gelegenheit bieten. Der lebhafteste Streit zwischen den vier Linksparteien und dem PSL. Mikolajczyks (neben dem das Stronictwo Pracy als Sekundant erscheint) dreht sich um die Grundfrage, daß die Volksstimmung in der Mandatzahl der Sejm-Mitglieder und in der Verteilung der Regierungssitze getreu zum Ausdruck gelange. Die Opposition nimmt an, daß ihr mindestens ein ähnlicher Erfolg zufallen würde, wie den Agrariern in Ungarn. Sie hat in stürmischen Gesprächen mit den Linksparteien für sich fünfundsiebzig Prozent der Sitze gefordert, als Voraussetzung für die Annahme einer Einheitsliste, wie sie von Osóbka-Morawski, Gomólka und deren Verbündeten angeregt wurde. Außerdem begehren die Agrarier die Ministerpräsidentschaft, einen stellvertretenden Regierungschef und die Mehrheit im Kabinett. Von den Linksgruppen wurden diese Bedingungen als «Unverschämtheit» abgelehnt. Das Drängen auf vorher geregelte Wahlen deutet aber an, daß sich die heutige Mehrheit der KRN. ihrer Sache nicht sicher glaubt und daß sie, gleich ihren Gegnern, einen Sieg Mikolajczyks für möglich hält.

So herrscht bei Frühjahrsbeginn die paradoxe Lage: PSL. und die

vier Linksparteien sitzen nach wie vor in *einer* Koalitionsregierung, Mikolajczyk ist Stellvertreter seines politischen Widersachers Osóbka-Morawski und Amtskollege seines Hauptgegners Gomółka. Doch die Presse der Koalitionspartner ergeht sich in heftigster Polemik: «Głos Ludu», «Robotnik» gegen «Gazeta Ludowa». Draußen im Lande hat eine sehr eifrige Agitation eingesetzt. Die Frage, ob es zu einer Kampfwahl kommen wird, bei der dem Vierparteienblock der Linken das PSL und die Christlichen Demokraten gegenüberstehen werden, oder ob man sich doch noch über eine Einheitsliste verständigen wird, ist offen.

Allein, darf man aus diesem Wettbewerb der Fraktionen den Trugschluß ableiten, der im Ausland nur zu häufig geschieht: daß in Polen weder eine wahre Demokratie, noch eine echte Selbständigkeit vorhanden sei? Gerade die Tatsache, daß die Opposition sich so kräftig regen kann und daß sie ernste Chancen hat, an die Macht zu gelangen, spricht für die demokratische Freiheit, deren sich Polen, trotz allem, erfreut. Und der Umstand, daß Opposition und Linksgruppen zusammen in *einer* Regierung amten, daß beide in den Grundfragen der inneren Politik und in allen wesentlichen Problemen der Außenpolitik *eines* Sinnes erscheinen, verdient nachdrücklich hervorgehoben zu werden.

Darin erblicken wir die Bürgschaft, das wiedererstandene Polen werde, nachdem es im Innern den Ausgleich zwischen den einander widerstreitenden Kräften gefunden hat, sich emsig dem Aufbau der zerstörten geistigen und materiellen Werte widmen können. Befreit von der schwärenden Wunde feindlicher Minderheiten und von hemmenden sozialen Mißständen, national homogen, zwar verkleinert auf rund 310 000 Quadratkilometer und verringert auf knapp 24 Millionen Einwohner, doch an Naturschätzen reich, arbeitsfroh und zukunftsfruchtig, muß dieser Staat schnell zu hoher Blüte gelangen, wenn nicht dieser natürliche Aufschwung von außen her gestört wird. Zu bewirken, daß derlei Eingriff nicht erfolge, ist Ziel und Aufgabe der polnischen Außenpolitik.